

200.000 Asylbewerber vor Abschiebung: Deutschland handelt jetzt!

Die deutsche Regierung plant Abschiebungen von 200.000 Asylbewerbern nach Afghanistan und Syrien. Einblick in aktuelle Migrationspolitik.

Deutschland - In Deutschland stehen die Nationalpolitiker vor der Herausforderung, rund 200.000 ausreisepflichtige Asylbewerber zur Rückkehr in ihre Heimatländer zu bewegen. Diese Zahl umfasst Personen, die in Deutschland eine Duldung erfahren, und stellt einen zentralen Schwerpunkt der aktuellen Migrationspolitik dar. Die neue Bundesregierung plant Abschiebeflüge insbesondere nach Afghanistan und Syrien, wie **oe24** berichtet.

Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hebt hervor, dass die Rückführungen nicht nur umgesetzt werden können, sondern auch notwendig sind, um den Rechtsstaat aufrechtzuerhalten. Er betont, dass eine Vielzahl von abgelehnten Asylbewerbern das Land freiwillig verlassen sollte, um so dem Dilemma der Abschiebungen zu entkommen.

Die Abschiebestatistik

Statistiken belegen, dass die Rückführungen in den letzten Jahren von erheblichen Herausforderungen begleitet waren. Im Jahr 2024 wurden bis November ganze 18.384 Menschen aus Deutschland abgeschoben. Dies entspricht einer der höchsten Zahlen der letzten Jahre. Allerdings scheiterten etwa 60 Prozent der geplanten Rückführungen, was auf eine konstant hohe Rate

gescheiterter Abschiebungen hinweist, wie **ZDF** berichtet.

Ein Bundespolizist, der anonym über seine Erlebnisse berichtet, erklärte, dass unter den häufigsten Gründen für das Scheitern von Abschiebungen das Nichterscheinen der Personen, plötzliche rechtliche Einsprüche sowie gesundheitliche Probleme anzutreffen sind. Sogar in 40 Prozent der Fälle kommt es zu Unruhen während der Flüge, was die Durchführung erschwert und insgesamt die Rückführungspolitik belastet.

Rückführungen im Detail

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Abschiebungen sind klar: Menschen mit einem abgelehnten Asylantrag sind verpflichtet, Deutschland innerhalb einer festgelegten Frist zu verlassen. Andernfalls erfolgt die Abschiebung durch die zuständigen Ausländerbehörden. Laut **bpb** wurden im Jahr 2024 insgesamt 20.084 Menschen abgeschoben. Die Zahlen zeigen einen klaren Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren, in denen die Abschiebungen wie folgt ausfielen: 2023 - 16.430, 2022 - 12.945 und 2021 - 11.982.

Einen markanten Trend stellen auch die Rückführungen nach anderen EU-Staaten dar. 2024 wurden 5.827 Personen in andere EU-Länder überstellt, wobei die meisten nach Österreich, Frankreich und Spanien gingen. Auch die Anzahl der Minderjährigen unter den Abgeschobenen, die 3.687 betrug, zeigt, dass die Politik zunehmend alle Bevölkerungsschichten einbezieht.

Die Hauptursprungsländer der Abgeschobenen sind unter anderem Georgien, die Türkei sowie Afghanistan und Syrien. Diese Verhältnisse verdeutlichen die brisante Lage der Migration in Europa und die damit verbundenen politischen Herausforderungen in Deutschland, die aktuellen Forderungen nach einer restriktiveren Migrationspolitik Ausdruck verleihen.

Insgesamt bleibt abzuwarten, wie die zukünftigen Entwicklungen

bei den Abschiebungen verlaufen werden und ob die Bundesregierung die aktuelle Lage anpacken kann, um die Herausforderungen der Migration entsprechend zu bewältigen. Die Debatte um die Migrationspolitik wird in den kommenden Monaten sicherlich intensiv geführt werden.

Details	
Vorfall	Migration
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.zdf.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at